

Pressemitteilung

Andreas Müller
Tulpenweg 3
63579 Freigericht

mobil 0174/3019484
e-mail mueller-hanau@t-online.de
web www.linkefraktion-mkk.de

12. Februar 2010

LINKE Kreistagsfraktion: Hartz IV Urteil – Aktuelle Stunde zur nächsten Kreistagssitzung Angriffe auf Hartz IV Empfänger stoppen

Die LINKE Kreistagsfraktion hat das Urteil des Bundesverfassungsgericht zu den Hartz IV Bedarfssätzen zum Anlass genommen eine Aktuelle Stunde in der nächsten Kreistagssitzung zu beantragen. Hintergrund für die Aktuelle Stunde sind zum Einen der Umgang mit den vom kommunalen Center für Arbeit (KCA) betreuten Menschen, zum Anderen zunehmende Anfeindungen der Betroffenen.

Vom KCA verlangen die LINKEN, entsprechend dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, eine weite Auslegung der Anträge auf zusätzliche Leistungen. Wenn ein sechs- bis 13jähriges Schulkind 251 Euro im Monat erhält, kann es gerade einmal 3,11 Euro pro Tag für Nahrungsmittel und 2,13 Euro im Monat für Schulmaterialien ausgeben. Das Beispiel zeigt, dass man mit diesem Betrag gar nicht auskommen kann, wenn allein das Mittagessen in mancher Kita schon zwei oder zweieinhalb Euro kostet. Erst recht kann ein Kind nicht an gesellschaftlichen, kulturellen und Bildungsprozessen teilnehmen, denn Nachhilfeunterricht, die Kinokarte und der Theaterbesuch kosten normalerweise Geld, das Hartz-IV-Bezieher nicht haben. Hier sollte der Main-Kinzig-Kreis nicht der Vorreiter für eine harte Linie sein, sondern seiner sozialen Verantwortung gerecht werden.

Nach Wahrnehmung der LINKEN nehmen seit dem Urteil die Anfeindungen gegen Hartz IV Empfänger zu. Ein Beispiel sind sicher die Obstwürfe gegen Demonstranten vor dem KCA. Hier gilt es, so der Fraktionsvorsitzende der LINKEN Andreas Müller, durch Aufklärung gegenzusteuern. Allerdings schütteten einige Politiker derzeit Öl ins Feuer. Wenn zum Beispiel Vizekanzler Westerwelle in der Öffentlichkeit immer wieder sage, derjenige der arbeite, müsse mehr haben als der der nicht arbeite, so stelle er damit gleichzeitig die Behauptung auf, dass ein Hartz IV Empfänger tatsächlich mehr habe, als ein Arbeitnehmer und fordere damit auch die Absenkung der ohnehin schon niedrigen Sätze. „Die in den letzten Tagen gemachte Hetzjagd wird von Westerwelle, seiner FDP und gar einigen aus den Reihen der CDU fortgesetzt“, so Müller, „dieser Herren und Damen nehmen billigend in Kauf, dass dies sogar zu Gewalt führt.“ Hier werde bewusst mit falschen Berechnungen Stimmung in der Bevölkerung gemacht und Studien die das Gegenteil beweisen, sogar

unter Verschluss gehalten, wie zum Beispiel die Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaft DIW, die zeige, dass Hartz IV Empfänger sehr wohl arbeiten wollen. Diese Studie passe aber nicht in die aktuelle Diskussion. Die immer wiederkehrende Behauptung, dass ein Niedrigverdiener weniger als ein Hartz IV Empfänger im Monat zur Verfügung habe, werde solange wiederholt, bis sie als Wahrheit geglaubt würde. Rechne man allerdings nach, so stelle sich heraus, dass da mal ganz einfach der Kindergeldzuschlag und das Wohngeld vergessen wurden und die Freibeträge bei den Aufstockungsleistungen ebenfalls unbekannt waren. Unter gleichen Bedingungen habe auch der Niedrigverdiener mehr als eine Hartz IV Familie ohne Arbeitseinkommen, mit einem Mindestlohn von 10 Euro, stellt sich die Frage nicht mehr. Man verlangt von keinem Unternehmer, dass er sein Geschäft öffnet und seine Waren mit Minus verkauft. Macht der keinen Gewinn, so macht er nicht auf. Von Arbeitnehmern verlangt man aber, dass sie zu Löhnen arbeiten, die nicht zum Leben reichen.

Auch die Diskussion, wer das jetzt alles zahlen solle, gehe in die falsche Richtung. Auf der Seite der Arbeitnehmer schenke man Hotelbesitzern Milliarden, auf der anderen Seite behaupte man man habe kein Geld. Bei Hartz IV Empfängern prüft man die Konten auch rückwirkend. Diese dürfen sich nicht arm machen, also erst das Geld für eine Weltreise auszugeben und dann Hartz IV zu beantragen geht nicht. Gleiches muss auch für den Staat gelten. Erst Geld zu verschenken und dann die Sozialleistungen kürzen zu wollen, sei Westerwelle I, so Müller.

Für die Kommunalpolitik stellt sich aber auch die Frage, wie die Kreise und Kommunen mit den Lasten, die das Land und der Bunde auf sie abwälzen umgehen. Es könne nicht sein, dass auf der einen Seite Milliardengeschenke für Hoteliers und andere Millionäre gemacht würden, auf der anderen Seite aber durch die Kürzung der Zuschüsse für Kosten der Unterkunft den Kommunen die Gelder entzogen würden. Hier würde ebenfalls von oben nach unten gespart. Müller kritisierte in diesem Zusammenhang das schizophrene Verhalten einiger Politiker, die in der Ortspolitik zum Beispiel den Ausstieg des Kreises aus dem Hallenbad Zweckverband ablehnten aber im Kreis zustimmten, die sich im Kreis über die fehlenden Finanzen aufregen, aber im Land der Kürzung um 400 Millionen des kommunalen Finanzausgleich zustimmten oder gar im Bund der Steuergeschenke für Reiche machten.

DIE LINKE.

gez. Andreas Müller